

Satzung

§ 1 Name und Sitz

(1) Der Verein trägt den Namen Arbeitsgemeinschaft Biologische Station Osterholz e. V.

Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Walsrode unter der Nr. 160315 eingetragen.

(2) Der Sitz des Vereins ist Osterholz-Scharmbeck. Der Verein ist am 18.01.1987 errichtet worden.

(3) Der Verein ist überparteilich und an keine Interessengruppen gebunden. Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bleibt unberührt.

(4) Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

(5) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, wissenschaftliche Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

§ 2 Zweck des Vereins

(1) Zweck des Vereins ist die Förderung

1. der Wissenschaft und Forschung,
2. des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes,
3. des Umweltschutzes sowie
4. der Volksbildung (insbesondere der Umweltbildung).

Der Satzungszweck wird durch die unter § 3 im Einzelnen aufgeführten Maßnahmen umfassend verwirklicht.

(2) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(3) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.

Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

(4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

- (5) Ehrenamtlich tätige Personen haben nur Anspruch auf Ersatz nachgewiesener Auslagen.
- (6) Die Mitglieder des Vorstandes können für Ihren Arbeits- oder Zeitaufwand (pauschale) Vergütungen erhalten. Der Umfang der Vergütung darf nicht unangemessen hoch sein.

§ 3 Verwirklichung des Satzungszwecks

Der Satzungszweck (§ 2) wird verwirklicht insbesondere durch

- Erstellung wissenschaftlicher Gutachten;
- Eigene Forschungsvorhaben für die Naturschutzpraxis;
- Entwicklung langfristiger Naturschutzstrategien;
- Erstellung von Naturschutzprogrammen;
- Beratung und Unterstützung privater und öffentlicher Naturschutzarbeit;
- Betreuung von Schutzgebieten, nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und dem Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum BNatSchG und den Richtlinien der Europäischen Union (Netzwerk Natura 2000);
- Unterstützung bei der naturschutzfachlichen Verbandsbeteiligung;
- Stellungnahmen und Öffentlichkeitsarbeit zu aktuellen Themen im Natur- und Umweltschutz;
- Förderung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung,
 - in Form eines Regionalen Umweltbildungszentrums (RUZ), sowie
 - durch Seminare, Bildungsurlaube, Informationsveranstaltungen, Exkursionen;
- Zusammenarbeit und Vernetzung mit Vereinigungen, die vereinsentsprechende Ziele verfolgen.

§ 4 Vereinsmittel

(1) Die Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben erhält der Verein durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, aus sogenannten Drittmittelgeldern und durch sonstige Zuwendungen.

(2) Die Beiträge werden von der Mitgliederversammlung in einer Beitragsordnung festgelegt.

(3) Bei Austritt oder Ausschluss von Mitgliedern oder bei Auflösung des Vereins bestehen keine Ansprüche auf bezahlte Beiträge, Spenden oder sonstige Zuwendungen.

§ 5 Mitgliedschaft

(1) Es gibt Träger-, Förder-, und Gründungsmitglieder. Trägermitglied kann jede juristische Person oder Vereinigung sein, die bereit ist, die Satzung und Ziele des Vereins anzuerkennen und zu unterstützen. Die Gründungsmitglieder haben die gleichen Rechte wie die Trägermitglieder, solange der Verein nicht wenigstens zehn Trägermitglieder hat. Sobald diese Zahl erreicht ist, können die Gründungsmitglieder nur noch den Status von Fördermitgliedern repräsentieren. Die fördernde Mitgliedschaft können juristische oder natürliche Personen erwerben.

(2) Trägermitglieder sind stimmberechtigt. Die Fördermitglieder können 2 Delegierte wählen.

Die Wahl findet zu Beginn der Mitgliederversammlung statt. Dafür gilt § 10 entsprechend.

Die 2 Delegierten sind in der Mitgliederversammlung stimmberechtigt.

§ 6 Beginn der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft beginnt mit schriftlicher Aufnahmebestätigung durch den Vorstand.

Dieser kann vor der Aufnahmeerklärung die Mitgliederversammlung befragen.

(2) Die Mitgliedschaft ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen. Die Vereinssatzung ist schriftlich anzuerkennen. Anträgen von juristischen Personen und Vereinigungen ist deren jeweilige Satzung beizufügen.

(3) Der Vorstand kann die Aufnahme von Bewerbern aus sachlichen, an den Zielen des Vereins orientierten Gründen verweigern. Die Gründe sind schriftlich mitzuteilen. Auf Antrag des abgelehnten Bewerbers entscheidet die Mitgliederversammlung endgültig. Darauf muss der Bewerber bei der Ablehnung hingewiesen werden.

§ 7 Ende der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch:

- a) Tod bzw. Löschung einer juristischen Person aus dem Register,
- b) Austritt, der schriftlich gegenüber einem Mitglied des Vorstands zu erklären ist.

Er ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zulässig.

- c) Ausschluss wegen vereinschädigenden Verhaltens, über den auf Antrag des Vorstandes oder von mindestens zehn Trägermitgliedern die Mitgliederversammlung entscheidet. In Eilfällen entscheidet der Vorstand. Die Berufung an die Mitgliederversammlung ist möglich. Sie entscheidet endgültig.

- d) Streichung aus der Mitgliederliste, wenn das Mitglied mit einem Jahresbeitrag im Verzug ist, mit einer Fristsetzung von zwei Monaten schriftlich gemahnt und auf die Folgen der Säumnis hingewiesen wurde. Darüber entscheidet der Vorstand.

§ 8 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Alle Mitglieder unterstützen den Verein bei der Verwirklichung seiner Ziele. Die Mitglieder haben Zugang zu Literatur und Dokumentation und erhalten die Vereinsinformationen.

Die nähere Ausgestaltung dieser Rechte regelt der Vorstand. Die Ergebnisse der Forschungen und Untersuchungen sind - soweit rechtlich und wirtschaftlich möglich - der Allgemeinheit zugänglich.

(2) Alle Mitglieder können Beratungen und Informationen zu ökologischen und biologischen Fragen erhalten.

(3) Die Trägermitglieder und die Fördermitglieder teilen dem Vorstand ihre E-Mail-Adressen mit, auch spätere Änderungen.

§ 9 Organe und Gliederung des Vereins

(1) Organe des Vereins sind Mitgliederversammlung und Vorstand.

(2) Zur Unterstützung der Verwirklichung der Vereinsziele kann der Vorstand oder die Mitgliederversammlung bei Bedarf Mitglieder oder sonstige Sachkundige zur Mitarbeit berufen.

§ 10 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Vereins. Sie besteht aus je zwei Vertretern der Trägermitglieder des Vereins. Sie beschließt die längerfristige Aufgabenstellung des Vereins und den Rahmen des jährlichen Arbeitsprogramms.

(2) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich statt.

(3) Außerordentliche Mitgliederversammlungen werden vom Vorstand nach Bedarf einberufen.

Sie sind einzuberufen, wenn es mindestens ein Viertel der Trägermitglieder schriftlich vom Vorstand unter Angabe der Tagesordnung verlangen. In diesem Fall findet die Mitgliederversammlung innerhalb von vier Wochen nach Antragstellung statt.

(4) Der Vorstand beruft die Mitgliederversammlung unter Vorlage der Tagesordnung schriftlich oder per E-Mail ein. Bei ordentlichen Mitgliederversammlungen hat die Ladung mindestens vier Wochen vorher zu erfolgen, bei außerordentlichen Mitgliederversammlungen mindestens zwei Wochen vorher. Die fördernden Mitglieder werden unter den gleichen Voraussetzungen geladen.

(4a) Aus wichtigem Grund kann der Vorstand bestimmen, dass eine Mitgliederversammlung virtuell stattfindet (Onlineverfahren).

Er beschließt, wie im Einzelnen dabei zu verfahren ist. Diese Regelungen werden mit der Einladung bekannt gegeben.

(5) Der Mitgliederversammlung obliegt insbesondere:

- a) Wahl des Vorstandes und der Rechnungsprüfer,
- b) Entgegennahme des Jahres- und des Kassenberichtes sowie des Berichtes der Rechnungsprüfer,
- c) Entlastung des Vorstandes,
- d) Genehmigung des Haushaltsplanes und Festsetzung der Mitgliedsbeiträge in der Beitragsordnung,
- e) Beschlussfassung über Anträge und alle sonstigen Tagesordnungspunkte,
- f) (aufgehoben)
- g) Beschlussfassung über Satzungsänderungen,
- h) Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins.

(6) Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher

Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Jedes Trägermitglied hat zwei Stimmen. Stimmenthaltungen werden nicht gezählt. Das Trägermitglied erteilt seinen Vertretern schriftliche Vollmacht. Die Vollmacht kann nachgereicht werden.

Das Stimmrecht der Delegierten der Fördermitglieder ergibt sich aus § 5 Absatz 2.

(7) Ergänzungsanträge zur Tagesordnung der Mitgliederversammlung kann jedes stimmberechtigte Mitglied stellen. Zu Beginn der Mitgliederversammlung beschließt diese über die Aufnahme der Ergänzungsanträge in die Tagesordnung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

(8) Die Mitgliederversammlung ist in der Regel öffentlich. Bei Beratungsgegenständen, die aufgrund eines zwei Drittel Mehrheitsbeschlusses der Mitgliederversammlung vertraulich sind, wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

(9) Wahlen und Abwahlen erfolgen in offener Abstimmung. Auf Antrag ist geheim abzustimmen.

(10) Von jeder Mitgliederversammlung wird eine Niederschrift aufgenommen, die vom Geschäftsführer oder einem Vorstandsmitglied erstellt wird und von diesem und dem Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist.

§ 11 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus mindestens fünf Mitgliedern von Trägervereinen oder Gründungsmitgliedern des Vereins sowie einem angestellten Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Biologische Station Osterholz e.V..

(2) Der Vorstand entscheidet über die Mittelverteilung. Soweit er vorbereitend Leistungspflichten von Mitgliedern und Dritten festlegt, bedarf dies der nachträglichen Genehmigung durch die Mitgliederversammlung.

(3) Der Vorstand bestimmt aus seiner Mitte den ersten und den zweiten Sprecher. Zur Vertretung des Vereins gemäß §26 BGB sind der erste oder der zweite Sprecher jeweils zusammen mit einem weiteren Vorstandmitglied befugt.

(4) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Geschäftsjahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Nach Ablauf seiner

Amtsdauer bleibt der Vorstand solange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt worden ist. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während der Amtsperiode aus, so kann der Vorstand ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen wählen, das von der folgenden Mitgliederversammlung bestätigt werden muss.

§ 12 Aufgaben des Vorstandes

(1) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, die nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Er hat vor allem die Aufgabe den Verein organisatorisch zu leiten und dafür Sorge zu tragen, dass Vorstands- und Mitgliederversammlungsbeschlüsse durchgeführt werden.

Zu seinen Aufgaben gehören ferner:

- a) Vorbereitung der Mitgliederversammlung,
- b) Erstellung und Vorlage des Jahres- und des Kassenberichtes sowie die Vorlage des Haushaltsplanes,
- c) Abgabe von Erklärungen zu Ereignissen und Entwicklungen, die den Vereinszweck berühren,
- d) Beschluss der Finanzordnung, der Richtlinie über die Übernahme und Vergabe von Gutachten, die Richtlinien für die Erteilung von Forschungsaufträgen sowie allgemeine Richtlinien für die Arbeit des Vereins nach Bedarf,
- e) Beitritt zu Vereinigungen, die gleiche Zielsetzungen verfolgen,
- f) Verwaltung des Vereinsvermögens.

(2) Der Vorstand kann einzelne Aufgaben an den Geschäftsführer delegieren.

§ 13 Beschlussfassung des Vorstandes

(1) Zu den Sitzungen des Vorstands lädt die/der 1. Sprecher/in, bei deren/dessen Verhinderung die/der 2. Sprecher/in ein, schriftlich oder per E-Mail.

Die Einberufung hat zu erfolgen, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder dies verlangen.

(2) Der Vorstand ist mit einer Frist von mindestens sechs Tagen einzuberufen. Bei unaufschiebbaren Entscheidungen ist der Vorstand notfalls

telefonisch, telegrafisch oder fernschriftlich mit einer Frist von mindestens einem Tag einzuberufen. Beschlüsse dieser außerordentlichen Sitzung sind auf der nächsten Vorstandssitzung zu bestätigen.

Werden sie nicht bestätigt, gelten sie als aufgehoben.

(3) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind.

Eine Vertretung ist ausgeschlossen. Der Geschäftsführer nimmt an allen Vorstandssitzungen mit Rede- und Antragsrecht teil.

(4) Der Sprecher leitet die Sitzung. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Stimmenthaltungen werden nicht gezählt. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

(5) Über die Sitzungen ist vom Geschäftsführer ein Ergebnisprotokoll anzufertigen, welches von ihm und vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen ist. Die Niederschrift soll Ort und Zeit der Vorstandssitzung, die Namen der Teilnehmer, die gefassten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten.

(6) Beschlüsse mit der Mehrheit der Mitglieder des Vorstandes können auch im Umlaufverfahren, telefonisch, telegrafisch oder fernschriftlich gefasst werden. In diesem Falle hat der Geschäftsführer unverzüglich ein Protokoll anzufertigen und allen Vorstandsmitgliedern durch eingeschriebenen Brief zuzusenden. Auf Verlangen von mindestens zwei Vorstandsmitgliedern ist der Beschluss bei der nächsten ordentlichen Vorstandssitzung erneut zu behandeln und zu bestätigen. Wird er nicht bestätigt, so gilt er als aufgehoben.

(7) Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 14 Sachverständigenbeirat (aufgehoben)

§ 15 Geschäftsführer:in

(1) Der Vorstand kann einen Geschäftsführer ernennen. Der Geschäftsführer darf nicht Mitglied des Vorstandes sein.

(2) Der Geschäftsführer führt die laufenden Geschäfte und vertritt den Verein im Einzelfall nach Weisung des Vorstandes. Er bereitet die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Vorstandes vor und führt sie aus. Er

erarbeitet den Haushaltsplanentwurf.

(3) Der Geschäftsführer ist in seiner Tätigkeit an die Satzung, die allgemeinen Richtlinien und Statuten und die Weisungen des Vorstandes gebunden. In der Finanzordnung ist näher zu bestimmen, dass er zur Eingehung von Verpflichtungen über einen bestimmten Betrag und /oder eine bestimmte Laufzeit der Zustimmung des Vorstandes bedarf.

(4) Der Geschäftsführer hat den Vorstand laufend zu unterrichten und im allen wichtigen Fragen zu konsultieren.

§ 16 Rechnungsprüfung

(1) Die Mitgliederversammlung wählt zwei Rechnungsprüfer, die nicht Mitglieder des Vorstandes sind. Die Rechnungsprüfer werden jeweils für die Dauer von zwei Geschäftsjahren, erstmals jedoch wird einer der beiden Rechnungsprüfer nur für ein Geschäftsjahr gewählt. Die unmittelbare Wiederwahl ist nicht zulässig.

(2) Die Rechnungsprüfer prüfen die Kassen und die Rechnungsführung des Vorstandes nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres und berichten darüber auf der ordentlichen

Mitgliederversammlung. Ihre Tätigkeit ist ehrenamtlich.

(3) Die Rechnungsprüfer können nach eigenem Ermessen zur Rechnungsprüfung einen vereidigten Wirtschaftsprüfer hinzuziehen, der gegebenenfalls die Kassen- und Rechnungsführung zu testieren hat; sie müssen einen solchen hinzuziehen, wenn die Mitgliederversammlung dieses beschließt.

§ 17 Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins

(1) Die Satzung kann mit drei Viertel Mehrheit der anwesenden Stimmen geändert werden.

Der Antrag auf Änderung muss den Mitgliedern mit der Tagesordnung zur Mitgliederversammlung angekündigt werden.

(2) Zur Auflösung des Vereins ist eine vier Fünftel Mehrheit der anwesenden Stimmen erforderlich. Die Auflösung kann nur auf einer Mitgliederversammlung beschlossen werden, zu der unter Bekanntgabe des Auflösungsantrages geladen wurde.

(3) Sofern bei einem Auflösungsbeschluss keine besonderen Liquidatoren bestellt werden, sind die Mitglieder des Vorstandes die einzeln vertretungsberechtigten Liquidatoren.

(4) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks fällt das Vereinsvermögen an eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder an eine steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung von Wissenschaft und Forschung in der Natur- und Umweltschutzarbeit.

§ 18 Inkrafttreten

(1) Die Satzung tritt in Kraft, sobald sie von der Gründungsversammlung beschlossen ist.

Osterholz-Scharmbeck, den 18. Januar 1987

25. Mai 1987

04. April 1989

23. Mai 1989

27. April 2005

11. Juni 2015

31. Mai 2023